

Werter Herr/Frau Bürgermeister\_in,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Mit der heute angestrebten Beschlussfassung der oberösterreichischen Elternbeitragsverordnung 2018, mit welcher der beitragsfreie Kindergarten abgeschafft und ein Tarifmodell für die Nachmittagsbetreuung eingeführt wird, vollzieht der Gemeinderat eine Verordnung des Landes Oberösterreich, welche im direkten Gegensatz zu den Interessen der Bevölkerung – insbesondere jenen der Familien – steht.

Zudem möchte ich anmerken, dass im oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetz die „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ebenso wie die „Sicherstellung hoher pädagogischer Bildungsqualität unter Berücksichtigung aktueller politischer Erkenntnisse“ als wesentliches Ziel definiert wurde. Die, als Diktat der Bildungsabteilung des Landes Oberösterreich zu verstehende Elternbeitragsverordnung, konterkariert diese Zielsetzung und verhöhnt obendrein all jene Familien, die nicht auf die „Butterseite“ des Lebens gefallen sind oder schlichtweg nicht die erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen können.

Der Kindergarten ist eine der ersten Bildungseinrichtungen die unsere Kinder besuchen, zudem trägt er wesentlich zur sozialen Integration und zur Erziehungsarbeit bei. Für uns als sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion bedeutet das vorgeschlagene Tarifmodell einen massiven Rückschritt und eine Abkehr von einer fortschrittlichen Politik und Gesetzgebung.

Die Auswirkungen des vorliegenden Tarifmodells sind aus Sicht unserer Fraktion nicht abschätzbar. Es ist aber anzunehmen, dass durch die Einführung der „Kindergarten-Strafsteuer“ sowohl die Anzahl der sich in Nachmittagsbetreuung befindlichen Kinder und in weiterer Folge das Angebot der Nachmittagsbetreuung noch weiter sinken werden.

Um die Nachmittagsbetreuung überhaupt aufrechterhalten zu können, braucht es eine Mindestanzahl von 10 Kindern, die für diese angemeldet sind. Werden einzelne Kinder abgemeldet, kann das sehr schnell das AUS für die Nachmittagsbetreuung in unserer Gemeinde bedeuten.

Abschließend darf ich noch darauf hinweisen, dass die Nachmittagsgebühren keineswegs zu einer Entlastung des Gemeindehaushaltes führen werden. Dies liegt insbesondere daran, dass wir die Administration in Bezug auf die Einhebung der Gebühren sicherstellen müssen und andererseits die Landesförderungen für die Kindergartengruppen gekürzt worden sind. Daraus ergibt sich, dass das Budget des Landes Oberösterreich – welches von ÖVP LH Stelzer verantwortet wird – ein weiteres Mal auf Kosten der Gemeinden saniert wird.

Als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sehen wir uns klar auf der Seite der Familien und insbesondere auf der Seite der Alleinerziehenden. Wir stehen nicht für eine Politik, in der die ganztägige Kinderbetreuung vom Einkommen der Eltern abhängt. Wir stehen für eine Politik des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit. Auch wenn wir durch das Diktat des Landeshauptmanns und des Bildungsressorts zu einer Beschlussfassung verpflichtet sind, streben wir zumindest eine Abfederung der Gebühren – wie es von anderen Städten vorgezeigt wird – an.